



## Große Übereinstimmung bei Wirtschaftsethik und Präimplantationsdiagnostik

### Begegnung der Kirchenleitung mit Evangelischem Arbeitskreis der CSU

Große Übereinstimmung in der Beurteilung wirtschafts- und medizinethischer Fragen zeigten sich bei einer Begegnung der Kirchenleitung der bayerischen Landeskirche mit Vertretern des Landesvorstands des Evangelischen Arbeitskreises der CSU (EAK) im Münchner Landeskirchenamt.

Landebischof Johannes Friedrich begründete die strikt ablehnende Beschlusslage in der bayerischen Landeskirche und des Rates der EKD zur Präimplantationsdiagnostik (PID). Eine gesetzliche Einschränkung des Einsatzes von PID auf wenige Fälle würde sich in der Praxis nicht durchhalten lassen. „Wenn wir die Tür auch nur einen Spalt weit öffnen, werden wir erleben, dass die PID zu Zwecken missbraucht werden würde, die der Gesetzgeber nie wollte“, so Friedrich. Christian Schmidt, parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium und Vorsitzender des EAK lobte die von Vertretern beider Kirchen angestoßene „tiefgehende Diskussion“ über PID und Spätabtreibungen über Parteigrenzen hinweg. Es sei sehr schwer, gesetzlich eine klare Grenze zu ziehen zwischen der schwierigen Situation genetisch vorbelasteter Eltern, die sich ein Kind wünschen und den durchaus vorhandenen Vorstellungen, Babys nach eigenen Wünschen „designen“ zu wollen. Er selbst habe sich darum der Singhammer-Initiative unter den Parlamentariern angeschlossen, die für ein generelles Verbot der PID eintritt.

Kirchenleitung und EAK waren sich einig über die große Bedeutung nachhaltigen Wirtschaftens. Die Präsidentin der Landessynode, Dorothea Deneke-Stoll verwies darauf, dass sich die Synode bereits zweimal mit Fragen der Wirtschaftsethik befasst habe und kürzlich ein Wort der Synode unter dem Titel „Lernen aus der Krise“ verabschiedet habe. Unstrittig sei, so Deneke-Stoll, dass sich die soziale Marktwirtschaft als die beste unter den Wirtschaftsformen erwiesen habe. Schmidt wies darauf hin, dass auch nach der Wirtschaftskrise der Finanzsektor mit nationalen Mitteln alleine nicht zu regulieren sei, sondern internationale Übereinkünfte erforderlich seien. Der Finanzchef der bayerischen Landeskirche, Oberkirchenrat Claus Meier, wiederholte seine Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer von 0,01%. Diese „minimale Börsenumsatzsteuer“ könnte helfen, die Menge des „Spiel- und Wettgeldes“ an der Börse einzudämmen, so Meier.

München, 30. März 2011  
Johannes Minkus, Pressesprecher